



## Ansprache des Landesvorsitzenden Hubert Weiger Delegiertenversammlung 2012 in Günzburg

### Der ökologisch-soziale Umbau unserer Industriegesellschaft ist überfällig

Mit dem Jahr 2011 geht ein besonders arbeitsreiches Jahr zu Ende, bei dem sich nicht nur die umweltpolitischen Ereignisse überschlagen haben. Im Zentrum standen dabei die Folgen des Gaus in vier Blöcken des AKWs im japanischen Fukushima. So schlimm es ist, erst dadurch erhielt unsere Forderung nach dem Sofortausstieg aus der Atomkraft den notwendigen gesellschaftspolitischen Rückenwind für die Stilllegung von wenigstens acht der 17 Atomkraftwerke in Deutschland. Da sich bereits 2008 abzeichnete, dass statt dem Atomausstieg die Laufzeitverlängerung droht, hat der BUND - nicht zuletzt auch auf meine Initiative als neu gewählter Bundesvorsitzender hin - schon vor 4 Jahren beschlossen, den Widerstand gegen den Weiterbetrieb der AKWs zu einem zentralen Thema seiner Arbeit zu machen. Der BUND hat in den letzten Jahren zahlreiche öffentlichkeitswirksame Großaktionen durchgeführt, bei denen nicht nur Hunderttausende von Menschen teilgenommen haben, sondern durch welche auch der Bevölkerung in Deutschland die Gefahren der AKWs wieder vermittelt worden sind. Das war eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass es statt der Laufzeitverlängerung, die im Herbst 2010 beschlossen wurde, zu einem nicht nur von der Bundesregierung sondern auch vom Deutschen Bundestag beschlossenen Atomausstieg gekommen ist.

**Ein Jahr nach Fukushima können wir jetzt feststellen: Der Atomausstieg funktioniert.** Im Jahr 2011 haben durch das Abschalten von acht Atomkraftwerken die Erneuerbaren Energien (20 %) erstmals mehr Strom erzeugt als die Atomkraftwerke (18 %). Anders als viele Gegner der Energiewende es prophezeit haben, blieb die Stromversorgung sicher. Unter dem Strich ist Deutschland sogar Stromexporteur geblieben. Gerade in den kalten Wintermonaten konnten wir Strom ins unter Strommangel leidende Atomstromland Frankreich exportieren. Die Preise an der Strombörse sind nicht gestiegen und es gibt auch keine Signale, dass sich daran in den nächsten Monaten etwas ändert. Und die wichtigste Nachricht: Trotz des Abschaltens der AKW ist im Jahr 2011 der CO<sub>2</sub>- Ausstoß der deutschen Energiewirtschaft gesunken. Damit ist die Behauptung der AKW-Betreiber widerlegt, dass Atomausstieg und Klimaschutz nicht zusammenpassen. Wir sehen uns damit in unseren Aussagen durch die Fakten bestätigt.

Dennoch hat sich in Bayern als führendes Atomstromland bisher noch viel zu wenig geändert. Das Atomkraftwerk Isar I ist zwar stillgelegt – wer hätte vor 1 ½ Jahren schon damit gerechnet, aber die Stilllegung aller Atomkraftwerke bis spätestens 2022 und damit das Weiterbetreiben des Atomkraftwerks Gundremmingen bis 2021 ist für uns unvertretbar lang-

Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

**Prof. Dr. Hubert Weiger**  
**1. Vorsitzender**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 09 11/81 87 8-10  
Fax 09 11/86 95 68

hubert.weiger  
@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

Günzburg, 28. April 2012

sam, denn solange Atomkraftwerke laufen, leben wir immer mit der Gefahr, dass schlimmste Unfälle passieren. Insbesondere hier in Schwaben haben wir mit dem Atomkraftwerk Gundremmingen, das der gleiche Bautyp wie in Fukushima ist, das Atomrisiko bis 2021 vor der Haustüre. Fukushima hat dokumentiert, dass diese Unfälle nicht zuletzt auch mit menschlichem Versagen zusammenhängen. Dieses menschliche Versagen ist aber nicht nur auf Japaner oder Ukrainer, Russen und Amerikaner beschränkt wie bei Tschernobyl und Harrisburg, sondern das gibt es überall, wo Menschen handeln. Mittlerweile war ich zur Unterstützung unserer Partnerorganisation Friends of the Earth Japan seit dem GAU auch zweimal in Fukushima. Zuletzt im März diesen Jahres, wo ich unter anderem auf einer Demonstration geredet und zusammen mit unserem Landesbeauftragten Richard Mergner tausende Origami-Kraniche verteilt habe, die als Zeichen des Friedens und der Solidarität von BUND- und BN-Aktiven gefaltet wurden. Bei diesen Reisen konnte ich mich persönlich von dem Leid der Bevölkerung, das die Atomkraft durch den GAU und die damit verbundenen Evakuierungen mit sich bringt, und letztlich auch von der Hilflosigkeit selbst von Hochtechnologie-ländern wie Japan gegenüber den Folgen eines solchen Unfalls überzeugen. Umso ermutigender ist deshalb die japanische Situation, dass von 54 Atomkraftwerken derzeit nur noch ein Atomkraftwerk läuft und in Japan im Jahr 2011 18% Strom eingespart wurden und 80% der Japaner den endgültigen Atomausstieg verlangen. Auch wir in Deutschland müssen uns bewusst sein, dass mit jedem weiteren Tag, an dem Atomkraftwerke laufen, radioaktive Abfälle produziert werden, für die nach wie vor ein Entsorgungskonzept aussteht und die möglicherweise nie sicher gelagert werden können!

**Der Atomausstieg kann und muss deshalb wesentlich schneller als bisher vorgesehen umgesetzt werden.** Voraussetzung ist allerdings, dass die Energiewende, wie von der Bundesregierung im letzten Sommer vollmundig angekündigt, endlich beschleunigt wird. Denn hier werden bislang viele Ankündigungen mit Taten verwechselt. Weder ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt worden, noch hat die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs und der Verbesserung der Energieeffizienz auf den Weg gebracht. Aber damit nicht genug. Von interessierten Kreisen wird bereits wieder gegen die Energiewende gearbeitet. Auch die Bundesregierung hat mit der weiteren massiven und überzogenen Kürzung der Photovoltaik-Förderung bereits wieder die Axt an die Energiewende gelegt und massiv das Vertrauen in die Energiewende erschüttert.

Eine echte Energiewende besteht aus 3 Schritten:

1. Energiesparen
2. Energieeffizienz
3. ökologisch verträgliche Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien

Für eine echte Energiewende sind diese 3 Schritte auch in dieser Reihenfolge wichtig.

**Der BN befindet sich weiterhin in der Rolle des noch „recht einsamen Rufers in der Wüste“, wenn es darum geht, die entscheidende Stellschraube der Energiewende – das Energiesparen – neben der Effizienz und den Erneuerbaren mehrheitsfähig zu machen.**

**Ohne verbindliche Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs kann die Energiewende nicht funktionieren.**

Im Sommer 2011 hat die Bundesregierung beschlossen: Bis 2020 sollen zehn Prozent weniger Strom verbraucht werden als 2008. Auf Taten, die dazu geeignet sind, das Ziel zu erreichen, lässt die Bundesregierung allerdings warten. Der Stromverbrauch ist für fast die Hälfte aller CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Je schneller wir ihn senken, desto schneller kann er durch 100% erneuerbare Energien gedeckt werden. Klimaschutz und Energiewende sind nicht denkbar, wenn wir nicht endlich mit der Stromverschwendung Schluss machen.

Was muss jetzt passieren?

Die Bundesregierung muss sich endlich zu ihrem Ziel bekennen. Die europäische und nationale Politik muss darauf ausgerichtet werden, das Ziel zu erreichen.

Drei Schritte sind notwendig: Die Bundesregierung muss...

- sich für eine wirksame europäische Effizienzrichtlinie stark machen. Aktuell verhandelt die EU darüber, was unternommen werden muss, um Europa wieder auf Kurs zu bringen. Denn wenn wir weiter machen wie bisher, erreichen wir nur ungefähr die Hälfte des Energieeinsparziels. Deutschland stellt sich gegen verbindliche Maßnahmen wie eine Einsparverpflichtung für Stromanbieter und setzt damit die europäischen und eigenen Klimaziele aufs Spiel.
- sich für ein europäisches Top-Runner-Programm einsetzen. Damit werden effiziente Spitzengeräte von heute zum Standardprodukt von morgen gemacht. Der schon lange angekündigte Vorstoß der Bundesregierung, sich für ein solches Programm in Brüssel ins Zeug zu legen, lässt auf sich warten.
- die Hausaufgaben im eigenen Land erledigen. Wir brauchen ein nationales Energiespargesetz, das eine absolute Senkung des Stromverbrauchs gewährleistet. Europäische Vorgaben müssen damit ambitioniert umgesetzt und sinnvoll ergänzt werden. Auch Deutschland kann mit eigenen Maßnahmen den Top-Runner-Ansatz voranbringen. Der BUND hat dazu ein Sieben-Punkte-Programm mit sofort umsetzbaren Maßnahmen vorgelegt. Was fehlt, ist der politische Umsetzungswille.

**Auch in Bayern ist die „Energiewende“ derzeit noch keine echte Energiewende, weil das Energiesparen dabei nur eine völlig untergeordnete Rolle spielt.** Es ist nicht hinnehmbar, dass es im "Energiekonzept" der bayerischen Staatsregierung keine ernstzunehmenden Einsparziele gibt, sondern der Stromverbrauch „in den nächsten 10 Jahren auf dem gegenwärtigen Niveau“ gehalten werden soll. Dies ist weder ambitioniert, noch energiepolitisch akzeptabel. Energiesparen und vor allem Stromsparen muss in Bayern Energiethema Nummer 1 sein.

Eine Studie des BN, angefertigt durch die Energieagentur Nordbayern, geht sogar von einem Einsparpotential des Stromverbrauchs in Bayern bis 2030 (gegenüber 2010), um rund 38 % aus.

### **Ausbau der Erneuerbaren Energien mit ökologischen Leitplanken**

Erneuerbare hatten 2011 einen Anteil von 20% an der Energieerzeugung. Laut offiziellen Prognosen sind bis 2020 30% möglich. Nach Prognosen des Bundesverbandes Erneuerbare Energien sind sogar 50% möglich.

**Der BN sagt ein klares „Ja“ dazu, fordert aber die Beachtung ökologischer Leitplanken, die Durchsetzung des Prinzips der Dezentralität und der Beteiligung der betroffenen Bevölkerung.**

**Auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen ökologische Grenzen beachtet werden.** Ein ungebremsstes und planloses Wachstum ohne Beachtung dieser Grenzen führt zum Beispiel bei **Biogasanlagen**, die nicht mit Reststoffen sondern mit extra dafür angebauten Rohstoffen im industriellen Maßstab betrieben werden, zu einer „Vermaisung“ der Landschaft, zu Bodenerosion, Grundwasserverunreinigung und zum Verlust von Biodiversität und sogar zu verstärkten Treibhausgasemissionen. Unsere Kernforderung ist daher, bei der Förderung von Biogas im Erneuerbaren Energien Gesetz kleine bäuerliche Anlagen auf der Basis von Reststoffen stärker zu bevorzugen als bisher. Des Weiteren befürworten wir die Nutzung von mehrjährigen Kulturen, die Koppelung von Verstromung und Wärmenutzung und den Umbau von Grundlastverstromung hin zu Regelleistung Strom und Spitzenstrom, was die Stromlücke bei Wind und Sonne bei ungünstiger Witterung füllen kann.

**Große Konflikte zeichnen sich mit der Staatsregierung aber auch mit der Opposition im Bereich der Wasserkraft ab:** Bis zum Jahr 2021 will die bayerische Staatsregierung - nach der jüngst im Kabinett mit Unterstützung der CSU-Fraktion beschlossenen Zielsetzung - die Wasserkraft von derzeit 15% auf etwa 17% des bayerischen Strombedarfs ausbauen und findet damit auch in weiten Teilen der Opposition Zustimmung.

Bayern ist das Bundesland, welches der Wasserkraft bereits am meisten Opfer gebracht hat. Wir waren das flussreichste Bundesland und sind nun das fließgewässerärmste Bundesland, weil bei uns 90% aller Fließgewässer bereits gestaut sind. 4.250 Wasserkraftanlagen haben aus Bächen und Flüssen gestaute Gewässer gemacht. 4.000 von diesen Wasserkraftanlagen sind Kleinwasserkraftanlagen (< 1MW), die nur 8% des Wasserkraftstroms bzw. 1,5% der Gesamtstromerzeugung in Bayern erbringen. Eine Erhöhung des Wasserkraftstroms um 2% würde nun auch Neubauten in den letzten frei fließenden Abschnitten der großen Flüsse wie Donau, Lech und Salzach, vor allen Dingen aber eine Unsumme an neuen kleinen Kraftwerken in den vielen kleineren Fließgewässern Bayerns bedeuten. Damit würden bei insgesamt geringer Energieausbeute hohe ökologische Schäden in hoher Dichte auftreten. Wir fordern daher die Pläne für den Neubau von Wasserkraftwerken einzustellen. Eine Erhöhung des Beitrags der Wasserkraft soll nur durch eine Optimierung der Energieausbeute an bestehenden Kraftwerken erreicht werden. Hieran muss aber die Verpflichtung geknüpft sein, dass diese Optimierung nicht zu ökologischen Verschlechterungen in Fluss und Aue führt und mit echten ökologischen Verbesserungen wie der Erhöhung der Restwassermenge verbunden sein muss.

**Einer der Hauptenergieträger der Zukunft muss die Windkraft werden.** Strom aus Windenergie hat die geringsten Erzeugungskosten und die kürzeste energetische Amortisation. Windenergie ist dezentral erzeugte Energie. Werden die Anlagen durch regionale Akteure betrieben, bleibt die Wertschöpfung in der Region und im Land und trägt zur Erfüllung wirtschaftlicher wie sozialer Ziele bei.

Deshalb ist der Zuwachs an Windkraftanlagen in Bayern und die zahlreichen sich in der Planung befindlichen Anlagen positiv zu bewerten: Heute trägt die Windkraft unter 1% zur bayerischen Stromerzeugung bei. Bis 2021 soll dieser Anteil auch laut dem Bayerischen Energiekonzept auf über 20 Prozent gesteigert werden. Dafür sind ca. 2500 Windräder notwendig, d.h. Ca. 30-40 Windräder pro Landkreis im Mittel.

Eine solche Perspektive erfordert aber – wie im Übrigen alle anderen Formen Erneuerbarer Energieerzeugung auch – eine gezielte Planung und Ermittlung von geeigneten Standorten in allen Landkreisen. Hier bestehen gegenwärtig noch große Defizite. Nur 1,5 - 2% der Landesfläche werden benötigt, um mit Windenergie im Verbund mit

Energieeffizienz und anderen erneuerbaren Energien einen großen Beitrag zu Atomausstieg und zum Klimaschutz zu leisten.

Das Ausbaupotential der Stromerzeugung aus Windenergie ist sogar höher als der derzeitige gesamte Stromverbrauch – und dies bei Wahrung von ausreichenden Abständen zur Wohnbebauung und der Aufstellung der Anlagen außerhalb von Naturschutzflächen und Wäldern. Um dieses Ziel zu erreichen bräuchte es klare regionalplanerische Vorgaben und nicht Investorenplanungen nach Gutsherrenart wie sie die BaySF mit der Festlegung von über 1.000 WK-Standorten in ihren Wäldern negativ vorgemacht hat.

Neue Möglichkeiten zur Wandlung von Strom aus erneuerbaren Energien in speicherbaren Wasserstoff oder Methan können Speicherprobleme lösen und den Bedarf neuer Stromtransportleitungen deutlich mindern.

Die Akzeptanz der Windenergie kann durch transparente Planungsverfahren mit Berücksichtigung der Kriterien von Natur- und Umweltschutz und durch die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung nicht nur an den Planungsprozessen sondern auch an den Investitionen und Erträgen der Windkraft deutlich gesteigert werden.

**Das Erneuerbare Energien Gesetz ist eine Erfolgsgeschichte.** Das Gesetz hat zu einer unglaublichen Dynamik geführt. Viele neue Investoren, darunter Bürgerwindparks und Solargenossenschaften, sind für den Großteil dieses Wachstums verantwortlich. Alle gesetzten Ziele wurden vorzeitig erreicht.

Alleine im Jahr 2011 wurden in Deutschland 7.000 Megawatt Leistung an Fotovoltaik zugebaut.

Die am 30. März im Bundestag auf einer Vorlage der Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt hin beschlossenen Kürzungen der EEG Umlage für Fotovoltaikstrom aus Neuanlagen um bis zu 45% gefährdet diese Entwicklung. Die neue Einführung einer Deckelung der EEG-Vergütung in bestimmten Marktsegmenten auf 80 - 90 % des eingespeisten Stroms, ist der Einstieg in den Ausstieg aus dem Einspeisevorrang und läutet das Ende des Erneuerbaren Energien Gesetzes ein.

**Strom aus Fotovoltaik ist wertvoller Strom zu günstigen Preisen.** Während der Strombedarf nachts gering ist und bei ca. 5 Eurocent pro Kilowattstunde liegt, steigen mittags die Spitzenstrompreise oft bis auf 50 Eurocent pro Kilowattstunde. Und an diesen Spitzenpreisen verdienen die Stromproduzenten und die großen Energieversorgungs-Unternehmen. Und nun kommt die Fotovoltaik und liefert Strom in großen Mengen: im Winter bis zu 25 Prozent des Mittagstroms und im Sommer bis zu 100 Prozent des Mittagstrom – und das zu viel günstigeren Kosten im Bereich von heute 15 bis 25 Eurocent pro Kilowattstunde. Das ist der Grund, warum nun die großen Energieversorgungs-Unternehmen eine populistische Neid- und Angstdebatte gegen die Fotovoltaik führen. Fotovoltaikstrom senkt die Stromkosten, aber auch die Gewinne der Energiekonzerne.

Über ihr Sprachrohr, das Bundeswirtschaftsministerium, versuchen sie nun, den erfolgreichen Ausbau der Fotovoltaik anzugreifen und abzublocken. Erst wird die Vergütung der Fotovoltaik eingeschränkt, der nächste Schritt ist dann der Angriff auf die Windenergie. Und nach der Zerschlagung des Erneuerbaren Energien Gesetzes wird das nächste Ziel von E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall sein, den Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig zu machen – das Ziel dieser Unternehmen ist das Abblocken der Erneuerbaren Energie und der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Bayern und in Deutschland.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat in Deutschland bereits über 350.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und gesichert – vor allem im Handwerk. Der weitere unblockierte Ausbau der Erneuerbaren Energien würde weitere 600.000 bis 1 Million neue Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk schaffen und absichern.

Der Angriff des Wirtschaftsministeriums in Berlin ist vor allem auch ein Angriff auf Bayern und das bayerische Handwerk, denn wir haben hier – nicht zuletzt auch durch die Arbeit des Bundes Naturschutz – fast die Hälfte der gesamten Solar-Stromproduzenten Deutschlands: Das sind 380.000 Bürgerinnen und Bürger in Bayern, die ihren Strom über Photovoltaikanlagen selbst erzeugen. In Bayern wurden und werden die meisten Fotovoltaikanlagen in Deutschland installiert: 38 Prozent der in 2010 in Deutschland installierten Stromleistung an Fotovoltaik stehen in Bayern.

**Zusammenfassend fordert der Bund Naturschutz im Bereich Erneuerbare Energien ökologische Leitplanken und Dezentralität, das heißt die Energieerzeugung gehört in die Hand der Kommunen und in Bürgerhand.**

**Wir sind gegenwärtig Zeuge eines historischen Umbruchs und einer historischen Umverteilung:** Wir erleben einen Kampf der Systeme, in dem die etablierten Großkonzerne, Strukturen und Seilschaften im Bereich der Energiewirtschaft gegen intelligente, kleinteilige Lösungen antreten. Die Bundesministerien für Wirtschaft und für Umwelt, Wirtschaftsminister Zeil und die FDP, die sich hier für die Konzerninteressen von e-on und Co gegen die Erneuerbaren Energien einspannen lassen, sind nur ein Teilaspekt davon.

Wir erleben das auch im Bereich der Bauwirtschaft, zum Beispiel bei der ICE-Neubaustrecke Lichtenfels-Erfurt, der Nordanbindung des Nürnberger Flughafens, der B 15 neu, der 3. Startbahn am Flughafen München oder bei der Main-Spessart Autobahn. Milliarden sollen weiterhin für den Straßenbau ausgegeben werden - für den Schutz der Lebensgrundlagen aber bleiben nur Brosamen.

Es geht um Privatisierung und maximales Gewinnstreben gegen das Gemeinwohl und die Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe.

**Was wir brauchen, ist ein ökologisch-sozialer Umbau unserer Industriegesellschaft.** Neue Leitbilder für unsere Gesellschaft, die nicht mehr auf ungehemmtem Wachstum beruhen und mit anderen Indikatoren für Wohlstand als das Bruttosozialprodukt.

Die Erfolge zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements nach Initiativen von BN/BUND haben maßgeblichen Anteil an diesem Prozess des Umbruchs: Neben dem schon genannten Atomausstieg und den Innovationen für Erneuerbare Energien (PV Siegeszug...), sind hier weitere Aktionen zum Beispiel aus dem Bereich Mobilität zu nennen, wo zarte Pflänzchen in Form von Bürgerentscheiden gegen den Straßenbau wachsen - auch in Schwaben (Buttenwiesen) - wenn auch unsere Aktionen nicht immer zum Erfolg führen, wie man an der Niederlage bei der A 94 und dem skandalösen Spatenstich dazu mit Marcel Huber und Florian Pronold sieht. Im Bereich der Umweltbildung sind wir mit der Ökostation Schwaben im Alpseehaus in Immenstadt richtungweisend.

Dabei zeigen die Auswirkungen einer globalisierten Welt auch immer häufiger die Zusammenhänge Ihrer Arbeit vor Ort mit der weltweiten Politik auf. Die Atompolitik und Energie(spar)politik in Korea und Japan und die Fukushima-Mahnwachen und die Energiesparprojekte, wie die Pumpenaustauschaktionen in bayerischen Ortsgruppen

sind hier nur ein Beispiel. Ich möchte diese Beispiele zum Anlass nehmen und Ihnen für die hervorragende Arbeit in den Kreisgruppen vor Ort danken, die wir so dringend für unsere Arbeit auf Landes- und Bundesebene brauchen.

Ein weiterer Verteilungskampf, den wir gerade erleben und für den Ihr bürgerliches Engagement besonders wichtig ist, ist die bäuerliche Landwirtschaft mit seiner gewachsenen Kulturlandschaft gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Agrokonzerne.

Im April 2011 wurde das Agrarbündnis Bayern gegründet, um in der anstehenden **Reform der europäischen Agrarpolitik** den notwendigen Weichenstellungen, wie wir die ländlichen Strukturen – und damit unsere Heimat – erhalten können, Nachdruck zu verleihen. Das Bündnis aus 15 bayerischen Verbänden gibt ein wichtiges Signal an die Politik, dass es immer größere und breiter in der Gesellschaft verankerte Bündnisse für dieses Anliegen gibt. Die zweite Demo „Wir haben es satt“ in Berlin im Januar diesen Jahres mit über 20.000 Teilnehmern hat gezeigt: immer mehr Menschen ist es nicht egal

- wie Kulturlandschaft aussehen wird
- wie viele Bauern noch wirtschaften in Zukunft
- und wie sie produzieren, wie die Tiere gehalten werden.

Die Förderpolitik und die Marktpolitik der EU sind entscheidend dafür, wie es weitergeht mit Landwirtschaft, Tierhaltung, Natur und Kulturlandschaft, denn niedrige Milchpreise ruinieren nicht nur Bauern, sondern gefährden die bayerische Erholungslandschaft und Arbeitsplätze auf dem Land.

Jetzt bietet sich die Chance für eine echte Reform der europäischen EU-Agrarpolitik. Der BN setzt sich dafür ein. Öffentliche Gelder darf es nur noch für klar definierte Leistungen für Umwelt- und Klimaschutz sowie die Sicherung der Biodiversität geben. Leistungen für Natur und Umwelt müssen endlich honoriert statt ökonomisch bestraft werden.

Finanzmittel müssen ausreichend bereitstehen und vor allem gerechter verteilt werden. Bisher erhielten in der EU 20% der Betriebe 80 % und in Deutschland 1,7 % der Betriebe 30 % der Agrarzahlungen.

Netzwerke in Wirtschaft, Banken, Politik und Verwaltung haben bisher die Umverteilung von unten nach oben vorangebracht. Mit breiten Bündnissen wie dem Agrarbündnis wollen wir nun eine Trendumkehr erreichen.

Der Arbeitskräftebedarf von Produktionsverfahren muss stärker berücksichtigt werden, denn nicht nur die Fläche sondern die Arbeitsleistung, die wiederum Leistungen für die Kulturlandschaft erbringt, zählt.

Gefördert werden muss flächengebundene Tierhaltung, denn die Arbeitsleistung in industriellen Massentierhaltungsställen darf von der Gesellschaft nicht honoriert werden.

Auf die in der EU-Agrarreform derzeit diskutierten Obergrenzen von 300.000 € sollen auch noch zu 100% Lohnkosten angerechnet werden können. Das ist gesellschaftlich nicht vermittelbar, und würde gerade mal 100 Betriebe in Deutschland betreffen. Für die Umwelt und die bäuerliche Tierhaltung ist dadurch noch nichts gewonnen!

Der Ausbau der Säule 2 muss ausreichende Finanzmittel beinhalten:

- mehr Anreize für ökologischen Landbau und besondere Tierschutzqualitäten,
- blühende Wiesenstandorte sichern mit gut ausgestatteten Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramm(VNP),
- VNP ausbauen, 2% auf 6%, bei Bedarf verdreifachen,
- Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen besser unterstützt werden (Leader/Regionalentwicklung, Förderung auch kleiner regionaler Investitionen).

Position des BN zur Qualifizierung in Säule 1:

1. Erhaltung von Grünland: Das Referenzdatum muss in der Vergangenheit liegen (1.1.2012), damit keine Umbruchorgie passiert.
2. Fruchtfolge: Einhaltung dreigliedrig statt Monokulturen (zumindest 50% statt 70%) und 20% verpflichtender Leguminosenanbau
3. Ökologische Vorrangflächen dienen der Sicherung der Agrarzahlen der Gesellschaft an die Landwirte. Die von der EU vorgesehenen 7% ökologische Vorrangflächen am Acker (BN hatte 10% gefordert für gesamte LN, also auch für Wiesen) bieten die Chance, um angesichts immer stärker umkämpfter Haushaltsansprüche in der EU die Akzeptanz von Finanztransfers an die Landwirtschaft bei der Bevölkerung zu erhöhen. Aus Umweltschutzsicht sind sie überfällig und haben mit Flächenstilllegungen nichts zu tun.

**Wir kritisieren, dass Landwirtschaftsminister Brunner in seiner Regierungserklärung vom 18. April die Ausweisung von 7 % ökologischer Vorrangflächen als unzeitgemäß abgelehnt und sich damit zum Sprachrohr des Bauernverbandes gemacht hat.** Ein Anteil von 7% der Ackerfläche, die Feldraine, Gewässerrandstreifen, Hecken, Feldgehölze und Blühstreifen sind, für 300,- Euro pro Hektar Gesamtfläche mit öffentlichen Geldern zu erhalten, ist keine Maximal- sondern eine Mindestforderung der Gesellschaft.

Ansonsten hat er sich in seiner Regierungserklärung in Richtung langjähriger BN-Forderungen bewegt und eine neue Initiative zur Förderung regional erzeugter Lebensmittel und ein Landesprogramm Ökolandbau, in dem er die Verdopplung von „Ökoprodukten“ aus Bayern bis 2020 in Aussicht stellt, angekündigt. Der BN begrüßt, dass Minister Brunner sein 2011 gestartetes Projekt Heimische Eiweißfuttermittelversorgung um ein Projekt Soja im Donauraum erweitern möchte. Auch dass die Staatsregierung mittlerweile gentechnikfreie Kommunen auszeichnet und nicht mehr die Beschlüsse der Kommunen wegen Rechtswidrigkeit aufhebt, ist ein Erfolg gerade auch unserer Arbeit.

Komplett unverständlich ist für uns aber, dass Minister Brunner zwar den galoppierenden **Flächenverbrauch** in Bayern kritisiert, dann aber für die Aufweichung der Ausgleichsregelung im bayerischen Naturschutzgesetz eintritt. Der Flächenverbrauch ist ein drängenderes Problem denn je, denn er hat sich von 16ha täglich im Jahr 2009 auf täglich 20ha im Jahr 2010 gesteigert und sich damit in vielen Landesbereichen vom Bevölkerungswachstum entkoppelt.

Deshalb ist es notwendiger denn je dringend Maßnahmen zu ergreifen und zwar durch die Vermeidung von Eingriffen und nicht durch den unglaublichen Versuch, Flächen,

die durch die gesetzliche Regelung, dass bei Eingriffen in Natur und Landschaft ökologische Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen sind, dem Naturschutz vorbehalten sind, jetzt mit Flächenverbrauch gleichzusetzen. Die ökologische Aufwertung von ausgeräumten Agrarlandschaften hat doch nichts mit der Betonierung und Zuteerung unseres Landes zu tun. Solange der bayerische Bauernverband diese Position einnimmt und gleichzeitig fast jedem staatlichen oder kommunalen Großprojekt zustimmt, ist er mehr als ungläubwüridig um nicht zu sagen pharisäerisch!

**Ihren größten Angriff seit der vom BN im staatlichen Auftrag durchgeführten Wiedereinbürgerung erleben gerade die Biberbestände:** Mit Schreiben vom 29.3.2012 hat das Bayerische Umweltministerium "angesichts der relativ hohen Schadenssumme" alle Kreisverwaltungsbehörden angewiesen, bis Ende September 2012 "erheblich schadensgeneigte" Landschaftsbereiche wie Fischteiche, Gräben oder Straßenbereiche per Allgemeinverfügung quasi als biberfreie Gebiete auszuweisen, in denen eine "generelle, einzelfallunabhängige Entnahmemöglichkeit", also Tötung von Bibern, erfolgen soll. Aus Angst vor steigenden Ausgleichszahlungen an Land- und Teichwirte gibt Umweltminister Marcel Huber nach dem Motto „Töten statt Zahlen“ hier ein verheerendes Signal." Dabei hat sich das Umweltministerium die gestiegenen Schäden selbst zuzuschreiben, da sich der Umweltminister nicht rechtzeitig für die in anderen Bundesländern längst gesetzlich verankerten naturnahen Uferstreifen, Präventionsmaßnahmen und eine überfällige Renaturierungsoffensive an Gewässern eingesetzt hat.

Die Diskussion um den Biber ist sehr wichtig, auch um die Missstände an unseren Gewässern und in unseren Talauen deutlich zu machen. Der Biber darf dafür kein Sündenbock sein! Zudem wären biberfreie Gebiete das Einfalltor für z.B. die Alpen als wolfsfreies Gebiet oder Mittelgebirge mit Forellenteichen als fischotterfreies Gebiet. Wir wollen nicht in einem Land leben, wo eine von der Allgemeinheit subventionierte Intensiv-Landnutzung der Allgemeinheit diktiert, wo Wildtiere leben dürfen.

Dies betrifft auch die zwei Braunbären, die aktuell durch das Grenzgebiet von Österreich, der Schweiz und Italien ziehen. Es ist gut möglich, dass diese oder andere Bären in Kürze auch in Bayern auftauchen. Wir werden es nicht zulassen, dass es diesen ebenso ergeht wie Bär Bruno und vielleicht künftig zahlreichen Bibern. Dem Bund Naturschutz kommt dabei vor Ort eine wichtige Rolle als Mittler zwischen Mensch und „wilder Natur“ zu.

Bayerische Naturschutzpolitik darf nicht länger Wildtiere zu den Sündenböcken verfehlter Landnutzungspolitik degradieren lassen, sondern muss sich endlich konsequent, nicht nur an Sonntagen, sondern auch unter der Woche für die Schöpfung einsetzen. Und das heißt im Klartext:

- Unsere noch frei fließenden Flüsse müssen Tabugebiete sein. Die Bayerischen Wasserwirtschaftsämter müssen Zentren der Revitalisierung von Flüssen und Auen werden und nicht der weiteren Kanalisierung.
- Unsere öffentlichen Wälder müssen Vorbilder werden für nachhaltiges Wirtschaften, indem vor allem Laubwälder älter werden dürfen, in denen statt die Douglasie die Weißtanne wieder einen Anteil von 5-10% bekommt, die kahlschlagfrei unter Beachtung des Erhaltungsziels des Waldschutzes bewirtschaftet werden und indem der Grundsatz Wald vor Wild flächendeckend umgesetzt wird.

- Ein Laubwaldnationalpark im nördlichen Steigerwald ist überfällig und im Ammergebirge zu prüfen.
- Das Moorschutzkonzept ist fortzuführen und auszubauen.
- Der Nationalpark Bayerischer Wald ist endlich auf der gesamten Fläche zum vorbildhaften Waldnationalpark durch beschleunigte Ausweisung der Kernzonen im Erweiterungsgebiet zu sichern.
- Das Grüne Band an der tschechischen Landesgrenze ist endlich wirkungsvoll zu schützen.

Die Vielzahl unserer Ur-Anforderungen ist damit, ein Jahr nach Fukushima, nicht kleiner geworden. Allerdings sind die Chancen etwas zu erreichen mittlerweile größer als früher, denn - unsere Akzeptanz in der gesamten Gesellschaft ist deutlich gestiegen, was man unter anderem an unserem Mitgliederzuwachs 5% sieht.

Wir stehen heute in der Mitte der Gesellschaft und sind verbal anerkannt. Wir müssen aber nicht nur für einen konsequenten Schutz der Natur auf allen Ebenen weiter kämpfen, sondern auch eine neue Werte und Wachstumsdebatte anstoßen.

Mut machen kann uns bei diesen Herausforderungen das, was die Neue Züricher Zeitung 1975 zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Otto Kraus, dem 1. hauptamtlichen Naturschützer Bayerns, geschrieben hat:

"Die Vergangenheit hat ihn angefeindet bis zum Versuch der Demütigung - die Gegenwart gibt ihm recht - die Zukunft wird ihn ehren."

Dieses Wissen macht uns aber nicht überheblich sondern bescheiden, weil wir zum Maßstab unseres Erfolges allein den Zustand unserer Heimat machen und weil wir wissen, dass alle diese Erfolge Gemeinschaftswerke sind, engagierte Frauen und Männer im BN aber immer ihre Basis gebildet haben und bilden.

An dieser Stelle mein Dank an Sie Alle für Ihre ehrenamtlich geleistete Arbeit im BN. Naturschutz ist kein Schönwetteranliegen, sondern erfordert mutigen, aufrechten Einsatz.

Bayern kann stolz sein auf Sie, auch wenn es uns vielleicht erst die kommenden Generationen danken. Der BN wird 2013 100 Jahre alt und wir können eine stolze Leistungs- und Engagementbilanz vorlegen, denn überall, wo heute die Schönheit und ökologische Qualität unseres Landes noch erhalten ist, können wir davon ausgehen, dass Frauen und Männer in diesen 100 Jahren für dieses Stück Heimat gekämpft haben.

Es lohnt sich also für unser gemeinsames Anliegen weiter zu kämpfen und sich auch an den Erfolgen unserer Arbeit zu freuen.